

## Forschungswende für die Große Transformation - Neue Ansätze in der Forschungspolitik

*Steffi Ober*

»Die Forderung nach einer alternativen sozialen Rolle der Wissenschaft mag in unserer Gesellschaft aus politischen Gründen ebenso illusionär sein, wie die Forderung der wissenschaftlichen Bewegung des 17. Jahrhunderts objektive Naturerkenntnis mit Strategien der kulturellen, politischen und sozialen Emanzipation zu verbinden. Aber die Grenzen einer sozialen Rekonstruktion der Wissenschaft liegen zuerst in der Gesellschaft, nicht in der Wissenschaft« (1).

Die Große Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Offensichtlich geht der ungebremsste Erfolg des Kapitalismus weltweit mit erheblichen ökologischen und sozialen Schäden einher. Das Konzept der »Planetary Boundaries« (2) zeigt deutlich, dass für Biodiversität oder Erderwärmung bereits kritische Dimensionen erreicht sind. Die Umweltverbände mit ihren klassischen Themen wie Atomkraft, Pestiziden oder Gentechnik haben in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt, um die Bedrohtheit unserer Erde ins allgemeine Bewusstsein zu rücken. Aber wie sind sie aufgestellt, um auf komplexe, systemische Fragestellungen wie Klimawandel, Welternährung oder »Peak of Everything« zu reagieren? Noch fehlt es nicht nur in den Umweltverbänden, sondern auch in Gewerkschaften, Entwicklungshilfeverbänden u. a. an Wissen sowie an den Voraussetzungen, um den notwendigen tief greifenden systemischen Wandel für eine nachhaltige Wirtschaft zu verstehen und entsprechende Strategien zu entwickeln. Dabei wäre dies ein wichtiger Schritt, denn zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) genießen hohes Vertrauen und sind deshalb wichtige Player für einen gesellschaftlichen Wandel.

In ihrer Dimension ist die Große Transformation vergleichbar mit der Industriellen Revolution. Sie verlangt, das Paradigma des Wirtschaftswachstums in Frage zu stellen und sich vom vorherrschenden Konsumdenken zu lösen, zugunsten einer Kultur des Gemeinwohls, die nicht auf materiellem Wachstum beruht. (3) Umweltverbände beschäftigen sich in der Regel weder mit ökonomischen noch mit sozialen Fragen, ihr Focus liegt auf der Ökologie. Dafür sind sie Spezialisten, pflegen in diesem Feld ihre Lobbyzugänge in der Politik und ihre Strukturen im Verband. Umweltverbände zeigen wenig Aktivitäten in Wissenschaft und Forschungspolitik. Dabei formt die Wissenschaft unsere Zukunft, prägt Pfadabhängigkeiten und nimmt über ihre technologischen Entwicklungen großen Einfluss auf unser alltägliches Leben. Diese Erkenntnis und das Unbehagen an der technologiezentrierten Forschungspolitik (und dem damit verbundenen Mangel an sozialen Innovationen) reifte in den letzten Jahren in einigen großen Verbänden. Wenn wir eine nachhaltige Gesellschaft gestalten wollen,

brauchen wir eine Wissenschaft, die uns für diese Problemstellung Lösungen bietet. Doch wer vertritt die Interessen der Umwelt, Entwicklungshilfeverbände, Gewerkschaften etc. in der Forschungspolitik? Damit die Verbände sich in der Forschungspolitik einbringen können, bedarf es einiger Voraussetzungen. Sie selbst müssen sich in ihren Organisationen so strukturieren, dass sie das Querschnittsthema »Wissenschaft & Forschung für die Große Transformation« bewältigen können und wir brauchen partizipative Strukturen im politischen System, die eine solche Beteiligung ermöglichen.

Wissenschaft und Forschung formen heutige und zukünftige Gesellschaften mehr denn je. Dies gilt für die nationale Politik ebenso wie für Europa. Europa investiert Billionen in seine Forschungsrahmenprogramme (FP), den zweitgrößten Ausgabenposten der EU nach den Agrarstrukturprogrammen. (4) Das Ziel des laufenden wie des kommenden Rahmenprogramms ist es, den großen Herausforderungen (Grand Challenges) wie Klimawandel, Ressourcenverknappung und der Ernährung von geschätzten neun Milliarden Menschen in 2050 auf dieser Erde zu begegnen. Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel zur Lösung dieser komplexen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme. Es droht die Gefahr, dass die Lobbyinteressen der (Groß-)Industrie den Fokus auf Technologie- und Produktentwicklung legen, dass vor allem technologische statt soziale Innovationen gefördert werden. Fast ein Drittel der europäischen Steuergelder im FP7 wurden in die Forschungslabore der Industrie investiert, voraussichtlich gilt das auch für die 80 Billionen im Haushaltsentwurf für das FP8 »Horizon 2020« (2014 bis 2020) (5). Die Planung der Forschungsrahmenprogramme ist fest in der Hand der Kommission und der Industrie, der Zivilgesellschaft bleibt die Statistenrolle. Der Blick auf Europa zeigt »in a nutshell« das gesellschaftliche Problem: die Fokussierung der Programme auf Hightech und internationale Konkurrenzfähigkeit. Doch wir brauchen Alternativen zu »high growth, high profit models of economic development that have been pursued to such devastating excess«. (6)

National treffen wir auf ganz ähnliche Bilder. Die großen Herausforderungen könnten nur mit großen Investitionen in die Wissenschaft gelöst werden, wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nicht müde zu betonen. (7) Deshalb gehört das BMBF zu den wenigen Ressorts, die einen stetigen Haushaltsaufwuchs zu verzeichnen haben, allein 13,7 Mrd. Euro Steuermittel im Jahr 2013 (8). Ähnlich wie auf europäischer Ebene trifft man auch im BMBF auf technologiezentrierte Forschungsprogramme, die gemeinsam mit der Industrie und der Wissenschaft in Gremien wie der Forschungsunion entwickelt und beraten werden. Die Forschungsunion wurde zeitgleich mit der Hightech-Strategie zu Zeiten der Großen Koalition 2006 installiert. »Der Auftrag ging von Forschungsministerin Annette Schavan persönlich an hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft. Seit Mitte 2006 arbeiten sie zusammen mit Vertretern der Politik in der Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft. Denn wenn man in der Hightech-Strategie von Forschung spricht, geht es um produktnahe Vorhaben, die sich am Weltmarkt orientieren« (9). Dabei entwirft die Hightech-Strategie Szenarien zur Grundversorgung unseres Zusammenlebens: Mobilität, Ernährung, Energie, Kommunikation und die Probleme einer alternden Gesellschaft.

### *Folgende Fragen stellen sich:*

- Werden Forschungsprogramme zu öffentlichen Gütern wie Energie, Gesundheit, Mobilität von einem Gremium aus (Groß)Unternehmensführern und Großforschungseinrichtungen angemessen analysiert und bewertet?
- Wie lassen sich die öffentlichen Güter wie Energie, Gesundheit, Mobilität etc. unter extremer Reduktion des Energie- und Ressourceneinsatzes in einer nicht weiter wachsenden Ökonomie bereitstellen?
- Lassen sich die großen Herausforderungen (Klima, Ernährung etc.) über den Markt und weltmarktfähige Produkte lösen?
- Woher kommen soziale Innovationen, die zu veränderten Konsummustern, Lebensstilen oder Formen des Zusammenlebens führen? Wer vertritt diese »schwachen« Interessen, die sich nicht markt- oder produktförmig darstellen lassen, in den Entwürfen der Forschungsförderung?

### **Gesellschaftliche Ausgangslage**

Diese vorab gestellten Fragen bringen uns zu grundlegenden Überlegungen. Wer bestimmt über die Forschungsstrategie und in wessen Namen werden die öffentlichen Gelder investiert? Wo findet eine politische oder gar gesellschaftliche Debatte zur Ausrichtung unserer Zukunft angesichts der großen Herausforderungen statt?

Obwohl die Wissenschaft als der wesentliche Problemlöser für eine dynamische, wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft dargestellt wird, ist die öffentliche und politische Aufmerksamkeit für Wissenschaft und Forschung höchst gering. Wissenschaft gehört nicht zu den Gewinnerthemen für politische Karrieren. Wer eine politische Karriere anstrebt, macht diese am ehesten im Haushaltsausschuss und nicht im Ausschuss für Wissenschaft, Bildung und Technologieentwicklung. Die Wissenschaftsminister/innen werden in der öffentlichen Debatte eher im Kontext Bildung wahrgenommen. In den Medien wird vorrangig über spektakuläre naturwissenschaftliche Entdeckungen und Erfindungen berichtet, doch der Wissenschaftsjournalismus erhält wenig Beachtung. Kritischer, investigativer Wissenschaftsjournalismus wird kaum mehr bezahlt, Wissenschaftskommunikation als PR-Veranstaltung dagegen hat Konjunktur. Dies führt zu einem Mangel an Transparenz der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Gelegentlich äußert der Bundesrechnungshof öffentliche Kritik am System und beanstandet Ausgaben im Wissenschaftsbetrieb auf Staatskosten. (10)

Ein deutlicher Umschwung erfolgte mit dem Jahresbericht 2011 »Die Große Transformation« des wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltfolgen (WBGU). Mit einer großen Transformation meint der WBGU, dass die Ökonomie sich von endlichen, fossilen Brennstoffen verabschieden und auf eine nichtfossile, klimafreundliche Basis umsteigen solle. Die Treiber des bisherigen desaströsen Vorgehens seien vorrangig wissenschaftlich-technische Lösungsansätze, das rapide Bevölkerungswachstum und die ökonomische Wachstumsfixierung der Gesellschaft (exakt die Punkte, die bereits weiter oben in der Kritik von Horizon 2020 aufgeführt wurden). Der

WBGU jedoch strebt das Gegenteil an: die Beschneidung der Optionen herkömmlichen Wirtschaftswachstums zugunsten der Sicherung von Freiheitsspielräumen (Freiheitsspielräume im Sinne von ökologischer und sozialer Existenzsicherung). Dies erfordert die Transformation eines starken Staates, der ausbalanciert werden müsse durch die erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Die Ansprüche an die Transformation sind gewaltig. Es bedarf weit reichender sozialer Innovationen für gesellschaftliche Veränderungen, neuer Werte, neuer ökonomischer Modelle, neuer Ausbildungs- und Konsumentenmuster, und vor allem: der Verabschiedung von alten Technologien, Verhaltensmustern und etablierten Interessen. Dazu sind neue Lehrstühle, neue Forschungsinfrastrukturen und neue Akzeptanzkulturen notwendig. Durch die Fehlallokation von öffentlichen Geldern in nicht nachhaltige Forschungsfelder verlangsamt die notwendige Transformation. Deshalb müssen Umweltverbände u. a. mehr politischen Druck aufbauen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich bislang wenig in die Wissenschaftspolitik eingebracht, dabei kommt der Zivilgesellschaft als Pionier des Wandels eine tragende Rolle zu. Denn nur wenn wir uns seitens der Zivilgesellschaft interessieren und organisieren, können wir die Zukunftsentwürfe unserer Gesellschaft wirkungsvoll mitgestalten. Aus dieser Analyse resultiert die Forderung nach einer »Forschungswende – für mehr Transparenz und Partizipation in der Wissenschafts- & Forschungspolitik«.

## Das Projekt Forschungswende: Aufbau einer Diskussionsplattform

Das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt fördert über zwei Jahre (08/2012 bis 07/2014) das Verbändeprojekt: "Voraussetzungen und Ziele zivilgesellschaftlicher Partizipation an der nationalen Forschungsagenda«. Mit dem Aufbau einer Diskussionsplattform sollen Verständnis und Möglichkeiten der ZGO gestärkt werden, um zu einer partizipativen und transparenten Wissenschaftskultur zu kommen, die über vorwiegend technologische Lösungen hinausgeht. So trägt das Bündnis zu einer Wissenschaft und Forschung bei, die sich stärker am Gemeinwohl und den planetaren Grenzen orientiert. Ein Projektziel liegt darin, dazu beizutragen, Voraussetzungen in den Verbänden zu langfristig tragfähigen Strukturen für partizipative Prozesse in der Wissenschaft aufzubauen.



Abb: Aktivitäten und Zielgruppen

## Die Hebel der Forschungswende Plattform

Das Wissen um Prozesse, Strukturen und Handlungsspielräume im Wissenschaftssystem verleiht den Verbänden und der Zivilgesellschaft die notwendige Kompetenz, um ihre neue Rolle in der Partizipation auszufüllen. Workshops bringen den Diskurs zwischen den Organisationen voran und fördern die Vernetzung mit Vertreter/innen aus der Wissenschaft. Die Vergabe von Gutachten und Studien zu strukturellen und inhaltlichen Wissenschaftsthemen erhöht die Expertise und das Capacity Building der ZGO. Die Homepage stellt Informationen rund um die Verbände und das Projekt bereit. Zusätzlich wird eine Sammlung von Studien und Links zu relevanten Forschungsthemen wie Energie, Bioökonomie oder Mobilität aufgebaut.

Die Beteiligungsplattform Adhocracy dient der Meinungsbildung und Bündelung der Interessen. Angesichts der komplexen Wirklichkeit kann keine gesellschaftliche Gruppe mehr allein (weder Wissenschaft, noch Wirtschaft oder Politik) Problemlösungen und Zukunftsentwürfe formulieren. Die Vielfalt der Ansätze und Ideen stärkt die Idee einer deliberativen Demokratie, in der sich Bürger/innen partizipativ in den Diskurs einbringen.

Zu den folgenden Themenbereichen können auf der Beteiligungsplattform Vorschläge eingebracht werden:

- Schwarzbuch öffentliche Forschungsförderung
- Transformation der kohlenstoffbasierten Wirtschaft/Bioökonomie
- Transformation der Energieversorgung – Energiewende
- Transformation der Mobilitätssysteme
- Transformation der Ernährung
- Transformation der Städte
- Transformation der Ökonomie – Wachstumsdebatte

Machen sie mit: Senden sie uns Forschungsfragen und Forschungskritik unter:

<http://forschungswende.adhocracy.de>.

## Die Plattform: Leitung & Beratung

Die Plattform vernetzt Umweltverbände (BUND, NABU, DNR), Entwicklungshilfe- und Gesundheitsorganisationen sowie Vertreter der Kirchen. Unterstützt wird die Plattform von Pionieren der transdisziplinären Nachhaltigkeits-Wissenschaft, die sich in der NaWis-Runde und in Ecornet organisiert haben. Die Geschäftsstelle der Plattform befindet sich bei der Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler. Die Plattform arbeitet überparteilich und verbandsübergreifend.

## Anmerkungen

---

- (1) Böhme, Gernot; Daele, Wolfgang van den; Krohn, Wolfgang: S.172.
- (2) Rockstroem 2009.
- (3) Narberhaus 2012.
- (4) Im jetzt laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm (2007 bis 2014) werden 50,5 Billionen Euro ausgegeben.
- (5) <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm> (Stand 03.04.2013).
- (6) »Competitive Industries: [http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index\\_en.cfm?pg=competitive-industry](http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm?pg=competitive-industry) (Stand: 30.02.2013).
- (7) <http://www.bmbf.de/de/90.php> (Stand: 02/2013).
- (8) <http://www.bmbf.de/press/3378.php> (Stand: 30.03.2013).
- (9) [http://www.stifterverband.info/publikationen\\_und\\_podcasts/taetigkeitsbericht/archiv/stifterverband\\_bericht\\_2006\\_2007.pdf](http://www.stifterverband.info/publikationen_und_podcasts/taetigkeitsbericht/archiv/stifterverband_bericht_2006_2007.pdf).
- (10) <http://bundesrechnungshof.de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/Bemerkungen-2011.pdf> (Stand: 02.03.2013).

## Literatur

---

Böhme, Gernot; Daele, Wolfgang van den; Krohn, Wolfgang (1977): Experimentelle Philosophie. Suhrkamp.

Narberhaus Michael (2012): Systemischer Wandel für die Große Transformation. Oekom Verlag unter <http://www.oekologisches-wirtschaften.de>.

Rockström et al. (2009): A safe operating space for humanity, Nature Vol 461/24.

Schneidewind Uwe, Singer Brodowski Mandy (2013): Transformation Wissenschaft. Klimawandel im deutschen WISSENSCHAFTS- und HOCHSCHULSYSTEM. Metropolis Verlag Marburg.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (2011): Hauptgutachten - Welt im Wandel. Gesellschaftsverlag für eine große Transformation, WBGU Berlin.

## Autorin

---

**Dr. Steffi Ober** verfolgt seit vielen Jahren als wissenschaftliche Referentin des NABU-Bundesverbandes kritisch die Forschungspolitik der Bundesregierung. Aktuell leitet sie das Projekt "Forschungswende" bei der Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler.

### Kontakt:

Dr. Steffi Ober  
Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)  
Marienstr. 19/20  
10117 Berlin  
Tel.: (0172) 52 54 198  
Fax: (030) 21 23 40 57  
E-Mail: [steffi.ober@vdw-ev.de](mailto:steffi.ober@vdw-ev.de)  
Internet: [www.forschungswende.de](http://www.forschungswende.de)

## Redaktion

---

Stiftung MITARBEIT  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)